



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/147

4. Dezember 1948

Ernährung, Landwirtschaft und ihr Direktor

Von Georg Alexander

Die letzte Debatte des Frankfurter Wirtschaftsrates über die Ernährungslage ließ deutlich werden, daß die Politik des Direktors der Verwaltung für Ernährung nicht unabhängig von seiner Person diskutiert werden kann. Zu sagen, daß die Gefahren, von denen die Versorgung im vereinigten Wirtschaftsgebiete bedroht ist, allein auf die Krise zurückzuführen sind, die CSU-Politiker um Schlange-Schönungen entfacht haben, wäre übertrieben. Sicher ist aber, daß der gefährlichen Entwicklung nicht Einhalt geboten werden kann, wenn man nicht die Personenfrage definitiv klärt. Dessen war sich Schlange-Schönungen offenbar selber bewußt, als er am Freitag in Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über seine bisherige und künftige Politik gab. Er zeigte die Gründe auf, die für das Frühjahr das Schlimmste auf dem Ernährungsgebiet befürchten lassen, und nannte auch die Vorbedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn eine ausreichende Lebensmittelversorgung gesichert bleiben soll.

Wer um die Schwäche der Position wußte, in die Schlange-Schönungen durch das unausgesetzte Kesseltreiben der Bayern innerhalb der CDU/CSU-Fraktion gekommen war, konnte nur erstaunt sein, daß er es jetzt wagte, neben dem Festhalten an den gegenwärtigen Agrarpreisen sich entschieden gegen die sogenannten freien Spitzen der landwirtschaftlichen Erzeugung auszusprechen und eine Angleichung des gewerblichen Sektors der Wirtschaft an den landwirtschaftlichen zu fordern. Schlange-Schönungen konnte dies tun, weil ihm bekannt war, daß die CDU/CSU nichts unternehmen werde, um es zu einer parlamentarischen Entscheidung über seine Person kommen zu lassen, obwohl nach wie vor eine starke Opposition innerhalb der Fraktion gegen ihn besteht und der seit Tagen in Frankfurt anwesende "Ochsensepp" noch am Mittwoch vor der Fraktion erklärt hatte, Schlange müsse jetzt unter allen Umständen gehen, wer sein Nachfolger würde, sei ganz egal, je kleiner und unscheinbarer dieser wäre, desto besser. Obgleich dies alles bekannt war, dachte Schlange nicht daran, seinen Gegnern entgegenzukommen und seinen Rücktritt zu erklären. Er betonte vielmehr, daß sein Gesundheitszustand besser denn je sei.

Die Linke begrüßte es, daß Schlange-Schönungen Warnungen aussprach, die besonders von der SPD schon häufiger vorgebracht worden waren. Auf den nahezu leeren Bänken der CDU/CSU war dagegen während des Vortrags ein unwilliges Murren, jedoch kein Zwischenruf zu hören. Was die CDU dazu zu sagen wußte, bestand aus höchst nebelhaften Formulierungen: man könne, so sagte ihr Spre-

klar, das Amt des Ernährungsdirektors nicht führen, wenn man nicht das Vertrauen der Bauernverbände und der Erzeuger selbst habe. Wer das Gefühl habe, das diese Vertrauensbasis nicht vorhanden sei, müsse wissen, was er zu tun habe. Abgeordneter Kriedemann übersetzte dies in eine allgemein verständliche Sprache: Nachdem Schlange erklärt habe, er wäre nicht krank, habe die CDU ihm krank geschrieben.

Alle an der Debatte beteiligten Parteien drängten auf eine klare Entscheidung, aber die CDU unternahm nichts, um das deprimierende Schauspiel zu beenden. Alle Parteien hatten aber auch Gründe, der CDU/CSU die Entscheidung nicht abzunehmen und, was nach den Angriffen konsequent gewesen wäre, die Vertrauensfrage zu stellen. Wahrscheinlich verläßt sich die CDU/CSU darauf, daß der Ernährungsdirektor zum Rücktritt gezwungen werden könne, wenn die Bauernverbände geschlossen gegen ihn stehen. Mit welcher negativen Politik von dieser Seite zu rechnen ist, wird klar durch die Vorarbeiten, die Minister a.D. Hermes mit seiner neuen "Grünen Front" bereits geleistet hat. Schlange-Schönningen traut sich offenbar zu, dieser Opposition wirksam begegnen zu können. Sollte der Kampf aber auf die Spitze getrieben und die Bauernschaft durch ihre Verbandsführer dazu verleitet werden, den Weisungen des Direktors die Gefolgschaft zu versagen, um ihn als Person zu diskreditieren, dann würde sich das von einem Sozialdemokraten ausgesprochene Wort mit einer furchtbaren Wirkung für die Bevölkerung bestätigen: worum es hier geht, ist nicht die Sache einer Partei, sondern Angelegenheit aller, die einen Anspruch darauf haben, ihre Lebensmittelkarten beliefern zu bekommen. Indem die CDU/CSU den Bestrebungen, die Landwirtschaft mit der Erhard'schen Wirtschaftspolitik gleichzuschalten, nachgibt, übernimmt sie die alleinige Verantwortung dafür, ob die Lebensmittelversorgung in Ordnung gehalten wird oder nicht. Die Sozialdemokraten haben bereits angekündigt, daß sich keiner von ihnen der Delegation anschließen wird, die nach Erschöpfung der Eigenvorräte im Frühjahr zu den Alliierten gehen und darum bitten muß, für die leichtfertig vertanen Lebensmittel der deutschen Ernte Ersatz zu leisten.

PV-Sitzung in Godesberg

sp. Die nächste Sitzung des Parteivorstandes der SPD wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 9. und 10. Dezember in Springe stattfinden, sondern am 11. und 12.12. in Godesberg, Hotel "Auf der Godesburg", Beginn 15 Uhr. Dieser Ortswechsel wurde vorgenommen, um den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, die gleichzeitig Mitglieder des Parteivorstandes sind und zur Zeit in einem forcierten Umfang an den Beratungen in Bonn teilnehmen müssen, die Anfahrtszeiten nach Hannover zu ersparen. Auf der Tagesordnung der PV-Sitzung stehen u.a. die Verhandlungen in Bonn, Lastenausgleich, die Lage in Paris. Am 12. Dezember findet um 18 Uhr am Tagungsort eine Pressekonferenz statt.

Bilanz einer Englandreise

Von Heinz Kühn, Köln

Im Anschluss an die Englandreise einer grösseren Gruppe deutscher Abgeordneter zitierte eine westdeutsche bürgerliche Zeitung den Londoner Berichterstatler der "Neuen Zürcher Zeitung": "Deutsche Politiker werden jetzt häufiger nach England eingeladen, aber die Türen der Ministerien bleiben ihnen meist verschlossen." Am wohlsten fühle sich jedermann, wenn die Besuche sich auf Ausstellungen, Konzerte und "tiefgründige Gespräche über die reine Demokratie" beschränkten.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, haben sich zehn Parlamentarier der SPD, CDU, FDP und DP, darunter dem Präsidenten des Wirtschaftsrates Dr. Köhler, so viele ministerielle Türen geöffnet, dass ihnen keine Zeit blieb, auch nur eine Ausstellung oder ein Konzert zu besuchen. Und in den Unterhaltungen ging es auch keineswegs um die blassen Ideologien einer "reinen Demokratie", sondern um die lebendigen Realitäten einer angewandten Demokratie.

Die Hansard Society, eine Gesellschaft von Unterhausabgeordneten, ladet regelmässig Parlamentarierdelegationen aus allen europäischen Demokratien, auch aus Deutschland, nach London ein. Unter ihrem Präsidenten, dem bekannten Commander St. King-Hall, hat die Hansard Society alles getan, um die Studienreise der deutschen Gäste zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch werden zu lassen. Die Unterhaltungen fanden in einer Atmosphäre der Gleichrangigkeit der Gesprächspartner statt. Jede andere Basis würden auch zumindest die deutschen Sozialdemokraten abgelehnt haben; sie haben allerdings nicht erwartet, dass sich gewisse fossile Repräsentationsansprüche präsidentieller Eitelkeiten erfüllten. Deutlicher: es ist überflüssig, dass irgendein Repräsentant besitzbürgerlicher Ideologien auch jenseits unserer Grenzen Erwartungen präsentiert, die sich ihm leider im heutigen Deutschland erfüllen, die aber im Ausland mit gutem Grund als unziemlich empfunden werden. Weil dort nämlich politisch führende Persönlichkeiten in ihren Ansprüchen bescheidener zu sein pflegen.

Aus der Summe der Eindrücke dieser Reise haben sich mir zwei besonders eingepägt: die Unterhaltung mit dem Bischof von London und die Begegnung mit dem Präsidenten des Indischen Parlaments. Ebenso eindrucksvoll war die Warnung des Bischofs, durch die christliche Firmierung einer Partei das Christentum in das Gefechtsfeld der Parteipolitik zu bringen und Jesus Christus in die Arena der Politik zu zitieren. In England kann es auf Grund dieser Entscheidung keine Zweifel darüber geben, ob eine kirchliche Verlautbarung als erzbischöflicher Hirtenbrief oder als parteiamtliches Rundschreiben zu beurteilen ist. Dort ist Kirchen und Parteien die Erkenntnis selbstverständlich, die der italienische Schriftsteller Ignazio Silone unlängst in die Worte kleidete: "Es ist Zeit, endlich zu lernen, die

für allemal Fragen über "Probleme des Steuersystems von der Diskussion um die Göttlichkeit Jesu Christi zu trennen." Gewiss wird niemand das Christentum in das Ghetto des Privatlebens verweisen dürfen, aber niemand hat auch das Recht, wie hoch in der kirchlichen Rangordnung er auch gestellt sein mag, den Vertretern des praktischen Unchristentums Vorschub zu leisten, indem er ihnen gestattet, sich bei ihrer Politik des Christentums als Kulisse zu bedienen, um dahinter zu verbergen, dass es ihnen um nichts anderes geht, als um den Schutz ihres weltlichen Besitzegoismus.

Das zweite einprägsame Erlebnis war eine Diskussion zwischen dem Sprecher des Indischen Parlaments, der sich aus Anlass der Commonwealth Conference in London befand, und einigen englischen Abgeordneten. Der indische Politiker hatte den Wunsch geäußert, die deutschen Abgeordneten zu sprechen und die Begegnung fand in der privaten Atmosphäre des Studienzimmers von Commander King-Hall statt. Es war keineswegs nur Höflichkeit, die die englischen Diskussionsgegner die Klinge vor dem Argument des indischen Sprechers senken liess, dass die Aufrüstung kein hinreichender Schutz Europas vor der Gefahr eines neuen Totalitarismus sein werde. Wenn wir Deutsche auch in diesem geistigen Duell mehr Zuhörer als Sekundanten waren, so ging doch die Scheidelinie unverkennbar auch mitten durch die deutschen Parteien, als der Inder uns Europäern sagte, dass wir schon einmal, nach 1918, eine grosse Möglichkeit unerfüllt liessen: wenn damals die Solidarität der europäischen Menschen die materiellen Reichtümer der einzelnen und der Völker für eine Politik eingesetzt hätte, "die die Liebe unter den Menschen verwirklichte", dann wären Europa nicht nur die Geisseln des Faschismus und des zweiten Weltkrieges erspart geblieben, dann hätte sich ihm auch eine grosse Zukunft eröffnet.

In die europäische Gegenwart übertragen, bedeutet das: Was not tut, sind nicht so sehr militärische Massnahmen, sondern soziale Reformen. Wer ihnen ausweichen will, wird auch durch militärische Rüstungen Europa nicht vor dem Chaos bewahren. Die kapitalistische Reaktion ist eifrig dabei, den Sieg, den der Westen militärisch über Hitler errungen hat, politisch an Stalin zu verlieren. Der rücksichtslose Kapitalismus ist das Lebenselixier des totalitären Stalinismus, sie beide sind nur zwei verschiedene Erscheinungsformen der gleichen sozialen Katastrophe.

Dass Europa nicht mehr ein Kontinent von siegreichen und besiegten Nationen ist, haben uns während unseres Besuches eindringlich auch die Sorgen gezeigt, die wir in den Londoner Strassen sehen und in den britischen Ministerien hören konnten. Dass es nicht genügt, die militärische Organisierung Westeuropas durch einen West-Generalstab durchzuführen, dass es auch nicht ausreicht, eine politische Organisierung Westeuropas durch ein West-Parlament hinzuzufügen, sondern dass es im tiefsten Grunde eine europäische Lebensnotwendigkeit ist, die soziale Organisation Europas durch eine Reform seiner gesamten sozialen Struktur neu zu ordnen - in dieser für Deutschland wie Europa gleich notwendigen Erkenntnis bedeutet jeder Besuch und jede Diskussion jenseits der Grenzen einen wichtigen Schritt. Übrigens: nicht nur in London.

Eckernförde

sp. "Wie würden den Arbeitern am Clyde zumute sein, wenn man sie damit beschäftigte, Fabriken einzureissen, Docks zu sprengen, die für sie Arbeit bedeuten, wenn sie ganz genau wissen, dass diese Fabriken und Docks nützlich für Friedensarbeit benutzt werden könnten? Wir schaffen uns ein Erbe des Hasses in Deutschland."

Als Emerys Hughes, Mitglied des Unterhauses, diese Sätze in der sozialistischen Zeitschrift "Forward" schrieb, war das Dock von Wilhelmshaven noch nicht gesprengt und es war noch nicht endgültig und unwiderruflich entschieden, dass die Anlagen der Torpedoversuchsanstalt Eckernförde gesprengt werden. In seiner Schlussfolgerung hat Emerys Hughes freilich unrecht: die Engländer schaffen sich kein "Erbe des Hasses in Deutschland", wenn sie Eckernförde in die Luft sprengen, denn die Menschen der Wasserkante sind ihrer Natur nach keine Hasser. Sie sind genau so kühle Rechner wie die Engländer hinter dem Kanal und der kühle abwägende Verstand reagiert nicht mit Hass. Aber der Verstand rechnet, und die Rechnung mit Eckernförde will nicht aufgehen. Die Engländer können daher gewiss sein, dass sie auf eine Welle des Unverständnisses stossen werden, die weiter reicht als der Schall der Detonationen von Eckernförde.

Denn worum geht es bei dieser soviel genannten Bucht nördlich von Kiel? Es geht um ein Objekt im Anschaffungswert von rund 30 Millionen Mark, es geht um mehr als 30 Hallen, die leer stehen, deren Maschinen längst abgebaut sind und die, solcherart abgerüstet, keinerlei militärischen Wert haben. Was man nicht sprengen und nicht abrüsten kann, ist die günstige Lage der Bucht, ist das einmalige Zusammenspiel von Land und See. Nicht die leeren Hallen gaben Eckernförde in der Vergangenheit die von England gefürchtete Bedeutung, die natürlichen Gegebenheiten dieses Stückes Erde sind es, die die deutsche Marineführung seit Jahrzehnten bewogen haben, hier ihre Torpedos zu bauen, an Ort und Stelle zu ergroben und weiter zu entwickeln. Wo der Mensch der Natur nachgeholfen und unter Wasser Strömungskanäle, Befestigungen usw. gebaut hat, möge man getrost die Zündschnur anlegen; kein vernünftiger Deutscher wird diesen Dingen nachtrauern. Aber die Bucht selbst kann man nicht sprengen und daher sind die Hallen militärisch zweitrangig. Sie sind dagegen erstrangig im Wiederaufbauprogramm des Landes. Zehntausend Menschen könnten in diesen Hallen beschäftigt werden, wenn man mit friedlichen Maschinen den Wänden neues Leben einhauchte. Und Tausende von Menschen fänden ein Dach über dem Kopf, wenn man einige der Hallen entsprechend umbaute. Das will viel heissen in diesem Land mit der grössten Arbeitslosigkeit und den meisten Flüchtlingen.

Man kann daher den Ministerpräsidenten verstehen, der sich gegen die apodiktische Entscheidung mit einer verzweifelten Geste auflehnt.

indem er eine der bedrohten Hallen - und damit alle - für einen Tag zum Parlament von Schleswig-Holstein macht, symbolisch damit andeutend, was man in die Luft sprengen will. Und man muss seine Argumentation unterstreichen, daß Politiker, nicht Militärs, über das Schicksal der Hallen entscheiden sollten. Weder als Sozialdemokrat, noch als Ministerpräsident ist Hermann Lüdemann in der Lage, der englischen Massnahme eine positive Seite abzugewinnen. Denn mit den Hallen würden an sich völlig unmilitärische Objekte in die Luft gesprengt, es würde zu einem kritischen Zeitpunkt auch zerstört werden, was zwischen Besatzungsmacht und besetztem Land in beider Interessen notwendig ist: Glaube an die guten Absichten der anderen. Auf beiden Seiten. -dt.

L. Jerski

- - - - - /nicht nur an sich

Die Letzten aus Ostpreussen

In den letzten Wochen sind wieder mehrere Transporte aus Ostpreussen in der Ostzone eingetroffen. Es handelt sich vor allem um Deutsche aus den Landkreisen Königsberg und Pr. Eylau, die damit fast geräumt sind. Die Vertriebenen sind der Ansicht, dass die letzten Transporte noch in diesem Winter durchgeführt werden. Leicht ist den Deutschen der Abschied aus ihrer alten Heimat nicht geworden, denn sie wissen, dass in der Ostzone, wo sie im allgemeinen bleiben müssen, dasselbe politische System herrscht, wie jetzt in Ostpreussen. Aber sie sind wenigstens wieder unter Deutschen. Dort lebten sie zusammenhanglos in kleinen Gemeinschaften über die Städte und Kolchosen verstreut. Nur ihre Arbeitskraft wurde gebraucht und ausgenutzt. Irgendwelche kulturellen Bedürfnisse wurden ihnen nicht zugestanden. Auch die Verbindung mit den Angehörigen in den deutschen Zonen war sehr schlecht. Die Post ging etwa drei Monate und musste erst immer von Königsberg abgeholt werden. Viel ging verloren.

Der körperliche Zustand der Deutschen in diesem Teil Ostpreussens hat sich in letzter Zeit gebessert. Offensichtlich mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abtransport gibt man ihnen jetzt die Möglichkeit, für das erarbeitete Geld Lebensmittel und auch ein wenig Textilien einzukaufen. Die bessere allgemeine Ernährungslage aber hängt damit zusammen, dass die jetzt mehr produzierten Lebensmittel von der geringen Bevölkerung (von Königsberg ist ausser im Hafen inzwischen noch nichts aufgebaut) nicht verbraucht werden. Erschütternd berichten die Ankömmlinge von der Verwahrlosung der russischen Jugend. Da die Eltern tagsüber ihrer Arbeit nachgehen müssen, sind die Kinder sich meist selbst überlassen. Für einen geordneten Schulbetrieb fehlen noch die Lehrkräfte. Daher kann von einer Erziehung überhaupt nicht gesprochen werden. Doch beteiligen sich die Kinder umso intensiver an den allgemein üblichen Diebstählen.

Die Transporte gehen jetzt reibungslos vor sich. Vom persönlichen Eigentum wird nichts abgenommen. Nur Geld darf niemand über di

Grenze nehmen. Soweit man seinen zustehenden Lohn noch ausbezahlt bekommt - die russischen Betriebe sind im allgemeinen knapp an Geld und zögern die Löhnung sehr hinaus - muss man sich dafür etwas kaufen. Die Transporte haben eine Stärke bis zu dreitausend Personen. Etwa 40 kommen in einen Waggon, in dem Liegevorrichtungen eingebaut sind. Die Reise dauert im allgemeinen sechs Tage. Sie endet in einem Sammelager der sowjetischen Zone, von dem aus bald die Verteilung auf in der Nähe liegende Gemeinden erfolgt.

A.W.

Man spricht in Köln anders als in Frankfurt

sp. "Soziale Marktwirtschaft" nennt Prof. Erhard das Wirtschaftssystem, das uns die heutige skrupellose Ausbeutung der Verbraucherschichten gebracht hat. Die sozialen Motive dieses Systems sind so tief verborgen, dass sie sich bisher nur bei denen ausgewirkt haben, die aus dem allgemeinen Warenmangel ein Monopolgeschäft für sich gemacht haben. Die breiten Massen haben irgendwelche sozialen Momente in der Wirtschaftspolitik bisher nicht erblicken können. Dessen sind sich nun auch die sozial schwächeren Schichten der CDU bewusst geworden und daher hat der in Köln beheimatete Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Johannes Albers, dem Wirtschaftsrat in Frankfurt die "Meinung der Leitung der CDU-Sozialausschüsse unterbreitet", die die soziale Marktwirtschaft Erhards nur um ein Wörtchen erweitern will, aber dieses Wörtchen ist es, gegen das sich die massgebenden Stellen der CDU bisher mit Erfolg und auf Kosten der ausgebeuteten gewehrt haben. Die erwähnten Sozialausschüsse verlangen nämlich eine "sozial gesteuerte Marktwirtschaft". Mit anderen Worten heisst das, dass sich die kleinen CDU-Parteifreunde nicht mehr länger auf den guten Willen ihrer grossen Parteifreunde verlassen, sondern, wie es die SPD schon immer vertreten hat, den guten Willen der CDU-Direktoren und -Generaldirektoren durch einige Gesetze fördern wollen. Daher verlangen die Sozialausschüsse u.a. gesetzlich beschränkte Handelsspannen, Mitarbeit und Mitverantwortung an der Wirtschaftsgestaltung und, als des Pudels Kern, "befristete Höchstpreise". Die letztere Forderung, weil revolutionierend, ist allerdings in die Form einer schüchternen Anfrage gekleidet: "Es ist die Frage zu prüfen, ob es nicht doch richtig ist, befristete Höchstpreise festzusetzen."

Die Prüfung obliegt einem Gremium, das damit seine Profite beschneiden müsste. Der Erfolg dieses schüchternen Vorstosses steht also von vornherein fest. (m:2/412/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau